



Herrn Stadtverordneten-Vorsteher

Herbert Anders

61118 Bad Vilbel

19.August 2019

Sehr geehrter Herr Anders,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Erhalt Bad Vilbels als Mittelzentrum

Der Magistrat wird gebeten, den Beschluss der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain vom 19.06.2019 zu der im neuen Landesentwicklungsplan geplanten Änderung des „Zentrale-Orte-Systems“ zu unterstützen und gegenüber der Landesregierung zu vertreten.

Die Stadt Bad Vilbel stellt folgende Forderungen an die Landesregierung:

1. Die Mittelzentren, insbesondere im Verdichtungsraum sind in ihrer Funktion und Bedeutung zu erhalten.
2. Die Mittelzentren im Ballungsraum FrankfurtRheinMain sind zu stärken und nicht zu schwächen.
3. Eine Herabstufung von Mittelzentren, hier insbesondere dem Mittelzentrum Bad Vilbel, zu Grundzentren wird abgelehnt.

Begründung:

Das für die Landesplanung zuständige hessische Wirtschaftsministerium möchte das System der zentralen Orte in Hessen überarbeiten. Die derzeitige Einordnung des Systems basiert noch auf dem Landesentwicklungsplan 2000. Deshalb hat das Ministerium eine Expertenkommission „Zentrale Orte und Raumstruktur“ mit der Überarbeitung betraut. Unter anderem empfiehlt die Kommission, das System der Mittelzentren zu differenzieren, da diese Orte im ländlichen Raum größere Gebiete zu versorgen haben, als z.B. im Rhein-Main-Gebiet. Sie regt an, benachbarte Mittelzentren im Verdichtungsraum sollen feste Kooperationen für Infrastrukturleistungen vereinbaren, andernfalls sollen diese nach einer Frist von fünf Jahren zu Grundzentren herabgestuft werden. Durch die Zusammenarbeit benachbarter Mittelzentren soll es zum wechselseitigen Ausgleich von Versorgungsdefiziten kommen.

Besonders im Rhein-Main-Gebiet ist dabei aber auch eine Kooperation von Mittel- und Oberzentren denkbar, sodass sogenannte Kooperationsräume entstehen, welche unter anderem zur Optimierung von Versorgungsangeboten und zur Mobilisierung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen führen sollen.

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain spricht sich gegen diese Planungen des Landes aus (siehe Beschluss/Antrag der Verbandskammer vom Juni 2019, Beschluss Nr. IV-144). Der Verband fordert die Landesregierung dazu auf, seine Mittelzentren eher zu stärken als zu schwächen. Eine Herabstufung zu Grundzentren hätte erhebliche finanzielle Kürzungen zur Folge. Ein Grundzentrum erhält weniger Finanzaufweisungen vom Land aus dem Kommunalen Finanzausgleich und auch

geringere Fördermittel als ein Mittelzentrum.

Spürbare Folgen hätte dies aber nicht nur auf kommunaler Ebene, durch die Leistungsminderung der Städte der Rhein-Main-Region würde die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Metropolregion geschwächt.

Im Landesentwicklungsplan 2000 steht zu Recht: „In siedlungsstrukturell hoch verdichteten Gebieten sichern die Mittelzentren, die in der Regel keinen über ihr Gemeindegebiet wesentlich hinausgehenden klar abgrenzbaren Verflechtungsbereich aufweisen, die mittelzentrale Versorgung vielfach in enger räumlicher Arbeitsteilung mit benachbarten Gemeinden.“ Dieses Prinzip muss für das Rhein-Maingebiet auch in Zukunft gelten.

Wir fordern, dass die Landesregierung bei ihren weiteren Planungen die Kritik des Regionalverbands berücksichtigt. Das Vorhaben des hessischen Wirtschaftsministeriums, die Anzahl der Mittelzentren zu überprüfen und womöglich Abstufungen zu Grundzentren vorzunehmen, sofern nicht innerhalb von fünf Jahren vertraglich vereinbarte Kooperationen realisiert werden, führt zu einem hohen, „künstlich“ geschaffenen Kooperationsaufwand. Auch die langfristigen finanziellen Auswirkungen sind nicht voraussehbar.

Die Stadt Bad Vilbel hat für sich in einer ersten Berechnung eine jährliche finanzielle Einbuße von rund zwei Millionen Euro berechnet, zu der noch weitere Einnahmeausfälle in Millionenhöhe kommen können, zum Beispiel bei der Kreis- und Schulumlage.

Bereits heute bestehen Kooperationen zwischen Bad Vilbel und den umliegenden Kommunen auf freiwilliger Basis. Darunter fallen u.a. der Zweckverband Bioabfallkompostierung, diverse Wasserverbände, Nachtbuslinie und die gemeinsame Musikschule mit Karben. Statt derartige Kooperationen zu erzwingen, sollten diese lieber, wie der Regionalverband in seinem Antrag anregt, gefördert werden, indem finanzielle Anreize für eine freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Kommunen geschaffen werden.

Neben den genannten Kooperationen übernimmt die Stadt Bad Vilbel aufgrund des starken Wachstums des Rhein-Main-Gebiets bereits heute zahlreiche zentralörtliche Funktionen für das Umland. Dazu zählen unter anderem die Deckung des dringenden Wohnraumbedarfs, überörtlicher Einzelhandel, Kultureinrichtungen, Kino, Alte Mühle, Burgfestspiele etc.

Bad Vilbel wendet sich ausdrücklich gegen eine schleichende Eingemeindung nach Frankfurt mittels der sogenannten Kooperativinsräume.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Utter, CDU

Jörg-Uwe Hahn, FDP

